

Die jungen Thesen zur Zukunft

Diskussionsanstoß des
Landesjugendrings Baden-Württemberg
zum demographischen Wandel

Z U K U N F T
BAUPLAN
... damit die
Jugend nicht
alt aussieht!

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.

Siemensstraße 11

70469 Stuttgart

Fon: 0711/16447-0

Fax: 0711/16447-77

E-Mail: info@lrbw.de

Homepage: www.lrbw.de

Redaktion:

Irene L. Bär (Landesjugendring)

Eva Lang (Landesjugendring)

Jochen Mack (BDKJ Baden-Württemberg)

Mitarbeit:

Dirk Batzler (Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“), Mike Cares (Evangelische Jugend Baden), Berthold Frieß (Evangelisches Jugendwerk Württemberg), Miriam Kammerer (Landesjugendring), Rosa Knülle (BDKJ Rottenburg-Stuttgart), Jürgen Prchal (Jugendring Enzkreis), Gerlinde Röhm (Landesjugendring), Benedikt Schalk (Umweltbeauftragter der Erzdiözese Freiburg), Udo Wenzl (Landesjugendring)

Fotos: Postkartenserie des LJR

Aufnahmen: Tobias Heink

Idee und Text: Eberhard Stett

Gestaltung: Gabriele Schmidt, Freiburg

V.i.S.d.P.: Berthold Frieß, LJR-Vorsitzender

Druck: e.kurz+co, Stuttgart

Auflage: 2000 Stück

Stuttgart, September 2005

Gefördert mit Mitteln des Kommunalverbandes
Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS)



Inhalt

| | |
|---|----|
| Vorwort | 4 |
| Einleitung | 6 |
| Thesen: | |
| 1. Bildung | 8 |
| 2. Partizipation | 9 |
| 3. Konsolidierung öffentlicher Haushalte | 11 |
| 4. Sozialversicherung | 13 |
| 5. Jugendspezifische Lebensräume | 15 |
| 6. Medien | 16 |
| 7. Arbeitslosigkeit | 17 |
| 8. Einwanderung und Integration | 18 |
| 9. Förderung von Familien | 20 |
| 10. Geschlechtergerechtigkeit | 22 |
| 11. Umwelt und Ressourcen | 23 |
| Literatur | 25 |

Vorwort

Im Sommer 2004 setzte der Landtag von Baden-Württemberg eine Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen für die Landespolitik“ ein. Nach einigem Hin und Her wurde deutlich, dass dieser als Sachverständiger zwar ein Vertreter des Landesseniorenrates angehören würde, jedoch keine Vertreterin und kein Vertreter, der oder die die Themen aus Sicht der Jugend beleuchten würde.

Dies nahm der Landesjugendring zum Anlass, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die öffentlichen Anhörungen der Enquete sowie die Diskussionen in der Öffentlichkeit begleiten und eigene Positionierungen einbringen sollte.



PisaOpfer

Die Pisa-Studie macht deutlich:
Unser Bildungssystem fordert Opfer.
Das muss nicht sein.
Mehr Geld und bessere Ideen für Bildung!



Im Rahmen dieser Arbeit wurde im Laufe der folgenden Monate immer deutlicher, dass sich die Enquete auf wenige Themen konzentrieren und keine weitreichenden Forderungen hervorbringen würde. Der Landesjugendring sieht jedoch, insbesondere in seiner Funktion als Interessenvertreter von Kindern und Jugendlichen, erheblichen Bedarf der politischen (Gegen)Steuerung, wenn die Welt, die die heutigen Kinder und Jugendlichen als Erwachsene und die Kinder und Jugendlichen von morgen in ihren ersten Lebensjahren und -jahrzehnten als Lebensraum vorfinden werden, ihnen Chancen auf ein erfülltes Leben bieten soll.

Die vorliegenden Thesen sind aus den Diskussionen in der Begleitgruppe der Enquete entstanden. Sie sollen kein fertiges Politikprogramm sein und sind auch kein durch alle Instanzen abgestimmtes Positionspapier des Landesjugendrings. Vielmehr wollen sie die Bereiche aufzeigen, in denen wir jetzt schon und in Zukunft Probleme sehen, und

zur Diskussion anregen – in Politik, Öffentlichkeit und in der Jugendarbeit selbst.

Als solche sind sie Teil unserer Aktion „Bauplan Zukunft. Damit die Jugend nicht alt aussieht“. Wir wünschen uns, dass sie – unter anderem auf der Aktionshomepage www.bauplan-zukunft.de, bei den im Rahmen der Aktion geplanten Konferenzen zwischen Jung und Alt vor Ort unter Beteiligung von PolitikerInnen sowie in den Gruppenstunden, Freizeiten und Zeltlagern der Jugendarbeit – breit diskutiert werden.

Fast zeitgleich mit der Wahl zum Landtag in Baden-Württemberg sollen die Ergebnisse der Diskussionen auf der Vollversammlung des Landesjugendrings am 25. März 2006 in ein Positionspapier münden, das der dann neuen Landesregierung mit auf den Weg gegeben wird.

Berthold Frieß

Vorsitzender des Landesjugendrings

Einleitung

„Die Hauptwirkung der demographischen Veränderung besteht darin, dass sich die Gesellschaft spaltet. Soll sie nicht auseinander fallen, müssen ihre Teile durch ein Mehr an Solidarität zusammengehalten werden.“ (FAZ, 1. März 2005)

Durch die Entwicklungen und politischen Ereignisse im 20. Jahrhundert sowie ein gestiegenes Gesundheits- und Bildungsniveau steht im gerade begonnenen Jahrhundert eine tief greifende Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft bevor: die Bevölkerungszahl insgesamt sinkt, die bisherige „Bevölkerungspyramide“ verwandelt sich in einen Bevölkerungspilz. Damit geraten mit



dem so genannten „Generationenvertrag“ in wesentlichen Bereichen unserer Gesellschaft die Grundlagen des Zusammenlebens in eine Schiefelage, da sie auf dem Überschuss jüngerer Menschen aufbauen.

Wir wollen keine Panik machen und keinen „Krieg der Generationen“ ausrufen. Auch halten wir Kampagnen zur Steigerung der Geburtenrate für nicht hilfreich. Wir analysieren die Situation und sehen uns in der Pflicht, für die heute junge Generation wie für Kinder und Jugendliche von Morgen Anregungen zu geben und Forderungen zu stellen, die aus unserer Sicht dazu beitragen, die gesellschaftlichen und staatlichen Grundlagen und Vereinbarungen unseres Landes zukunftsfähig umzubauen. Hier gibt es nicht immer die Trennlinie zwischen alt und jung, sondern durchaus auch die zwischen arm und reich. Das Verbindende an den Themen ist, dass heute gehandelt wird, damit die heutigen Jugendlichen eine gute Zukunft und einen eigenen Gestaltungsraum bekommen.

In der Politik ist eine Strategie angesagt, die die Bedürfnisse heutiger Generationen befriedigt, ohne die Bedürfnisse kommender Generationen zu gefährden. Das bedeutet, dass politisches und gesellschaftliches Handeln immer die Aspekte der Generationengerechtigkeit, der Lebensqualität, des sozialen Zusammenhalts und der internationalen Verantwortung berücksichtigen. Anders gesagt geht es darum, in allen Handlungsfeldern eine Politik der Nachhaltigkeit zu verfolgen, wie sie seit dem Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 beschlossen ist.

1. Bildung

In einer globalisierten Wissensgesellschaft ist Bildungspolitik der Schlüssel zur Gestaltung von Zukunft. Junge Menschen sind noch mehr als früher darauf angewiesen, dass sie gut ausgebildet sind. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist es wichtig, dass die kommenden Generationen optimale Voraussetzungen haben, ihre Fähigkeiten zu nutzen. Denn zukünftig müssen weniger junge Menschen das Gemeinwesen mitgestalten und die Wirtschaft tragen.

Bereits in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts hat sich gezeigt, dass eine unzureichende Bildungspolitik im nachfolgenden Jahrzehnt immense Probleme bei der Bereitstellung ausreichender Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zur Folge hat.

Wichtig ist, dass Bildung umfassend verstanden wird. Es muss immer um die „optimale Entfaltung aller geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte“ gehen (*Bildung in Bewegung – Positionspapier des Landesjugendrings; 2002*). Das bedeutet auch, dass sich Bildung nicht nur auf ökonomische Erfordernisse konzentrieren darf.

Gerade in der außerschulischen Jugendbildung zum Beispiel in Jugendverbänden erwerben Jugendliche Sozialkompetenzen und lernen, sich in demokratischen Systemen zu bewegen. Dies sind wichtige Qualifikationen für das zukünftige Zusammenleben unserer Gesellschaft. Schon jetzt drohen 20 Prozent der Jugendlichen durch das Bildungssystem unseres Landes zu fallen und, abgestempelt als so genannte Bildungsverlierer, wenig Aussicht auf ein selbst bestimmtes Leben zu haben.

Bei der Planung von Bildung ist zu beachten, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen deutlich zunehmen wird. Deren Risiko, keine ausreichende Ausbildung zu erhalten, ist wesentlich höher als das der Jugendlichen deutscher Herkunft.



Thesen:

- **Wir brauchen eine Bildung, die zu Verantwortung für die Gesellschaft führt und neben der Individualisierung eine neue Liebe zur Gemeinschaft weckt.**
- **Bildung muss soziale und interkulturelle Kompetenzen fördern. Bildung darf nicht nur ökonomischen Zwängen dienen.**
- **Bildung muss die Dimension „Glück“ beinhalten, also einen deutlichen Fokus darauf legen, dass junge Menschen lernen, ein erfülltes und zufriedenes Leben zu gestalten.**
- **Wir brauchen mehr und bessere Ganztagesbildung: kleinere Klassen, Öffnung der Schule und des Schulsystems, Sprachförderung, Aufwertung außerschulischer Bildungsorte. Alle Jugendlichen müssen Zugang zu schulischer und außerschulischer Bildung haben.**
- **Insbesondere sogenannte chancenarme Jugendliche brauchen besondere Förderung, um den Anschluss zu behalten.**
- **Bildung muss frei zugänglich bleiben, das heißt es darf zum Beispiel keine Erhebung von Studiengebühren geben.**
- **Die Investitionen ins Bildungssystem müssen erhöht werden, mindestens auf das OECD-Mittel von drei Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukts), besser deutlich darüber wie in den Ländern, die bei PISA erfolgreich waren.**

2. Partizipation

Die Gesellschaft wird immer älter. Seit dem Jahr 2000 leben mit steigender Tendenz in Baden-Württemberg mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige. Für das Jahr 2050 wird folgende Verteilung prognostiziert: Der Anteil der Menschen über 60 Jahre steigt von heute 23 Prozent auf gut 36 Prozent, während spiegelbildlich der Anteil der unter 20-Jährigen von 22 Prozent auf 16 Prozent absinken wird (*Quelle: Statistisches Landesamt: Statistik aktuell 2004*).

Die Interessen jüngerer Menschen, von denen schon bisher ein großer Teil keinen direkten Einfluss durch Wahlbeteiligung hatte, könnten im politischen Geschehen völlig ins Abseits geraten, wenn als entscheidende Wählerschaft nur noch die Älteren im Blick sind. Dabei sind es die jungen Menschen, die die Folgen heutiger Politik ausbaden müssen: von der Verschuldung über die Umweltverschmutzung bis zur Infrastrukturpolitik. Ob gut oder schlecht – die nachfolgenden Generationen müssen das Erbe antreten und haben kaum eine Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen, die die Weichen stellt. Dabei steigt die Notwendigkeit, dass sich junge Menschen mit unserer gewachsenen Demokratie identifizieren. Sowohl die Wahlbeteiligung bei ErstwählerInnen als auch das Interesse an Politik nehmen in einem gefährlichen Ausmaß ab.

Deshalb müssen junge Menschen mehr beteiligt werden – dafür sind geeignete Formen (weiter) zu entwickeln. Eine Möglichkeit ist die Absenkung des Wahlalters. Heute ist es so, dass bei einem Wahlrhythmus von fünf Jahren manche mit erst im Alter von 23 Jahren zum ersten Mal an Landtagswahlen teilnehmen können. Dadurch wird es versäumt, junge Menschen ins demokratische System einzubinden.

Eine Absenkung des Wahlalters wäre auch eine gute Chance für die politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule, da Jugendliche dann über Politik und Wahlen reden könnten, wenn sie von ihrem Wahlrecht auch tatsächlich Gebrauch machen können.

Politik muss sehr darauf achten, dass die jungen Menschen an wichtigen Entscheidungen in Schulen, in Kommunen, in den

Bundesländern und auch im Bund adäquat beteiligt sind. Das schließt die Teilnahme an Wahlen ein, bedingt aber auch andere Formen der Partizipation. Es ist zu bedenken, dass vor allem die gut ausgebildeten jungen Menschen die flexibelsten sind und abwandern können. Keine Kommune, kein Bundesland kann es sich leisten, ihre Interessen nicht zu beachten.



Die stumme Masse weiß:
Politik ist Zukunftsgestaltung, doch die Betroffenen haben keine Wahl und müssen schweigen.
Das muss nicht sein.
Wer auf uns nicht hört, handelt verkehrt!
Wahlrecht ab 14!

Thesen:

- Wir brauchen eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre!
- Schulische und außerschulische politische Bildung für Jugendliche muss ausgebaut und verbessert werden.
- Im Gemeinwesen und in der Schule muss die weitgehende und nachhaltige Mitgestaltung durch Jugendliche verbindlich eingeführt werden.
- Bei der Städteplanung sind die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in den Blick zu nehmen.
- In allen wichtigen Fragen einer Kommune muss die Beteiligung junger Menschen durch die von den Jugendlichen gewünschten Formen der Beteiligung sichergestellt werden. Hier muss auch auf die jeweiligen (Jugend)-kulturellen Präferenzen und Bedürfnisse Rücksicht genommen werden.
- § 41 der Gemeindeordnung muss so umgesetzt werden, dass jeder Gemeinde- und Stadtrat zwingend von einer jugendlichen Beteiligungsstruktur beraten wird.

3. Konsolidierung öffentlicher Haushalte

Deutschland ist ein reiches und ein armes Land. Arm sind vor allem die öffentlichen Haushalte: Zu Beginn des Jahres 2005 schlugen insgesamt über 1,4 Billionen Euro Schulden zu Buche. Die öffentlichen Kassen müssten über 100 Jahre Schulden zurückzahlen – wenn heute mit der Schuldenmacherei Schluss wäre. Doch die öffentlichen Haushalte sind nicht nur hoffnungslos verschuldet – in der gleichen Zeit, in der diese Schulden gemacht wurden, wurde auch viel Besitz des Staates privatisiert. So bleiben der nachfolgenden Generation als Erbe vor allem ein großer Schuldenberg und eine teilweise marode Infrastruktur.

Zu den direkten Schulden kommen indirekte: Das Personal des Landes Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen 50 Jahren fast verdreifacht (1952: 97.931 – 2003: 263.756). In den künftigen Jahren kommen stark ansteigende Pensionsverpflichtungen auf das Land zu. Die Versorgungsausgaben des Landes steigen von 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 6,2 Milliarden im Jahr 2020 und 8,1 Milliarden Euro 2030 an. Kommt es zu keinen Änderungen bei der Altersversorgung der Landesbediensteten, steigt der Anteil der Pensionsleistungen am Gesamthaushalt von derzeit 7 Prozent auf rund 25 Prozent im Jahr 2030 an.

Deutschland ist als Exportweltmeister aber auch ein reiches Land. Das Vermögen der Privathaushalte ist auf über vier unbegreifliche Billionen Euro angestiegen. Allerdings haben sich die Einkommen höchst unterschiedlich entwickelt: Vom erwirtschafteten Gesamteinkommen gingen 1980 rund 75 Prozent an die Beschäftigten und 25 Prozent an die Kapitaleigner. 2004 hingegen erhielten die Beschäftigten noch 69 Prozent des Gesamteinkommens, die Kapitaleigner aber schon 31 Prozent.

Gleichzeitig stieg die Belastung ausgerechnet der Arbeitseinkommen. 1980 wurden Arbeitseinkommen mit 33,4 Prozent für Steuern und Sozialabgaben belastet, Kapitaleinkommen mit 33,5 Prozent. 2003 ist die Belastung der Arbeitseinkommen auf 36,4 Prozent gestiegen (ohne indirekte Steuern), die der Kapitaleinkommen aber auf 15,7 Prozent abgesunken.

Die faktische Besteuerung der Gewinne großer Unternehmen hat sich in Deutschland auf den Europarekord von durchschnittlich nur 10 Prozent abgesenkt, Kapitaleinkommen werden zur Finanzierung des Sozialsystems erst gar nicht herangezogen. Viele große Unternehmen zahlen in Deutschland gar keine Steuern mehr, oder sie verlassen (steuerrechtlich) das Land. Ein Sozialstaat allerdings braucht Steuern, um seinen Aufgaben nachkommen zu können.

Thesen:

- **Wir brauchen eine höhere Akzeptanz von Steuern durch ein transparentes Steuersystem.**
- **Es darf keine Neuverschuldung mehr geben.**
- **Gegen den sich bildenden Berg an Pensionslasten muss jetzt gegensteuert werden.**
- **Steuerschlupflöcher müssen gestopft werden.**
- **Wir brauchen die Einführung der Tobin Steuer.**
- **Wir brauchen ein sozial ausgewogenes Verhältnis von Steueraufkommen und Bruttoinlandsprodukt durch Einbeziehen aller Formen von Einkommen und Gewinnen in die Steuerlast.**

4. Sozialversicherung

Während der Anteil der Rentenzahlungen am Bruttoinlandsprodukt in den letzten 30 Jahren etwa stabil bei 12 Prozent liegt, sind die Beiträge der Versicherten von 15 Prozent auf 22 Prozent gestiegen. Und obwohl auch noch Erträge aus der Ökosteuern zur Finanzierung der Renten herangezogen werden, müssen die Bundeszuschüsse ständig erhöht werden. Durch den demographischen Wandel werden die Finanzierungsprobleme noch verschärft: Es wird mehr RenterInnen geben, die (zum Glück) immer länger leben. Gleichzeitig wird die Zahl derer abnehmen, die in die Rentenversicherung einzahlen. Deshalb sind drastische Änderungen unabdingbar.

Zusätzlich zu den ständig steigenden Rentenversicherungsbeiträgen investieren zunehmend viele ArbeitnehmerInnen Geld für eine private Altersvorsorge – zum Beispiel über die Riesterrente.

Es droht also eine mehrfache und sich steigende Ungerechtigkeit: ArbeitnehmerInnen tragen einseitig die Versorgung der RentnerInnen, wenden hohe Summen auf für eine zusätzliche Altersvorsorge, da sie davon ausgehen, dass sie wenig Rente bekommen und finanzieren über ihre Steuerzahlungen die (stark wachsenden) Zahlungen von Bund und Land für die Pensionen. Beamte und



KonkursMasse

Schöne Bescherung: Der Staat ist bankrott.
Die Jugend von heute erbt die Schulden von gestern.
Das muss nicht sein.
Wer Geld hat, soll auch Steuern zahlen!

Menschen mit anderen Einkommen, zum Beispiel aus Vermögen, tragen dagegen wenig bei zur Finanzierung der verdienten Rentenzahlungen an die älteren Menschen.

Neben der Ungleichheit im Rentensystem machen ständige Reformen auch die Krankenversicherungen immer ungerechter. Für jüngere Menschen gibt es schon seit längerem keinen Zuschuss zum Zahnersatz mehr, nun wird ein Teil der Versicherung für die Zähne für alle privatisiert. Gut Verdienende können sich aus der Solidarität der gesetzlichen Krankenversicherung verabschieden. Die Arbeitgeber werden zunehmend „entlastet“, zuletzt durch die Umlage an die Versicherten im Juli 2005. Und in der Politik wird die Idee einer Krankenversicherung auf der Basis einer Kopfpauschale in gleicher Höhe für alle diskutiert.

Thesen:

- **Durch die Einbeziehung aller in das Sozialversicherungssystem, also auch RentnerInnen, Selbstständige und Beamte verteilt sich die Last gerechter.**
- **Wir brauchen eine gesetzliche Pflichtversicherung für alle und die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze.**
- **Zur Berechnung der Beiträge müssen alle Einkommensarten herangezogen werden, auch Miet-, Zins-, Vermögens- und andere Gewinneinkommen.**
- **Durch eine teilweise Umstellung des Arbeitgeberanteils in eine Rentenabgabe auf den Unternehmensumsatz würden auch sehr unterschiedlich personalintensive Produktions- und Dienstleistungszweige zur Finanzierung herangezogen.**
- **Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegezeiten sowie Aus- und Fortbildungszeiten müssen angemessen in die Alterssicherungsansprüche einbezogen werden.**
- **Die Sozialversicherungen müssen durch weitere Maßnahmen die Geschlechtergerechtigkeit und verschiedene Formen des Zusammenlebens berücksichtigen.**

5. Jugendspezifische Lebensräume

Durch den demographischen Wandel wird die gesellschaftliche Gruppe „Jugend“ zur Randgruppe. Dadurch ändert sich ihre Rolle in der Gesellschaft, aber auch die Formen des Zusammenlebens. Einzelkinder, deren Eltern ebenfalls Einzelkinder sind, wachsen ohne gleichaltrige nahe Verwandte auf. Dieser und anderen Folgen des demographischen Wandels für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen muss die soziale Daseinsfürsorge Rechnung tragen.

Kultur wird sehr unterschiedlich gefördert. Während die Kommunen und Länder für „Erwachsenenkultur“ („Hochkultur“) sehr hohe Beträge aufwenden, gibt es für Jugendkultur im Verhältnis dazu viel weniger Mittel. Dabei werden in jugendkulturellen Einrichtungen neue Wege entwickelt und Jugendlichen erwerben wichtige Kompetenzen, sich auszudrücken und die Welt zu begreifen.

Aus diesen Gründen ist es auch angesichts von sinkenden Zahlen von Kindern und Jugendlichen notwendig, Räume für Jugendliche und für Jugendkultur zur Verfügung zu stellen.

Thesen:

- **Jugendarbeit als Bildungs- und Entfaltungsort für Kinder und Jugendliche muss dem qualitativen Bedarf entsprechend erhalten und ausgebaut werden.**
- **Politik muss auch weiterhin gleiche Lebensbedingungen in ganz Deutschland anstreben. Deshalb muss die Bundeszuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe erhalten bleiben.**
- **Gerade Kinder und Jugendliche aus Ein-Kind-Familien brauchen Orte wie die Jugendarbeit, an denen sie sich mit anderen Gleichaltrigen treffen können.**
- **Die selbstorganisierte Jugendkultur (nicht-kommerzielle Angebote) muss stärker gefördert werden.**
- **Die Dimension der kulturellen Bildung und ästhetischen Weltaneignung ist in der Bildungsplanung fest zu verankern.**

6. Medien

Medien sind ein bedeutender Teil unseres Lebens. Dort werden die wichtigen Themen verhandelt, Stimmungen beeinflusst und nicht zuletzt spielen Medien eine dominierende Rolle, wenn Menschen Unterhaltung und Zerstreuung suchen. Für junge Menschen ist das Angebot sehr eigenartig: Bei den privaten Sendern herrscht im Großen und Ganzen eine aufgekratzte (und manchmal aufgesetzte) Jugendlichkeit. Allerdings gibt es dort kaum Informationen. In den öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen gibt es dagegen kaum jugendgerechte Informationen und vor allem fast keine ansprechende Unterhaltung. Mit dem KI.KA gibt es ein gutes Angebot für Kinder, das sowohl Bildung als auch Unterhaltung und Information umfasst. Für Jugendliche fehlen dagegen ansprechende Sendungen (außer von Schleichwerbung durchgesetzte Serien wie Marienhof).

Durch den demographischen Wandel droht, dass in den öffentlich-rechtlichen Programmen ein noch größeres Augenmerk auf die zahlenmäßig wachsende Gruppe der älteren Menschen gelegt wird.

In der Zukunft wird sich durch das Internet und die flächendeckende Einführung der Digitalisierung die Unübersichtlichkeit der verschiedenen Medien noch verstärken. Kinder und Jugendliche müssen lernen, sich in

dieser Unübersichtlichkeit zu bewegen und mit Medieninhalten angemessen umzugehen. Deshalb muss in Zukunft der Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen in der schulischen und außerschulischen Jugendbildung ein größeres Gewicht zugemessen werden.

Thesen:

- **Medienkunde muss ein Schulfach werden.**
- **Wir brauchen die Etablierung von Sendungen in den öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen von und mit Jugendlichen zu guten Sendezeiten.**
- **Die Sendezeiten des KI.KA müssen ausgeweitet und um die Möglichkeit ergänzt werden, auch Sendeformate für ältere Jugendliche anzubieten.**
- **Die Einführung eines ARD-Jugendkanals würde jugendgerechte Information und angemessene Unterhaltungsformate ermöglichen.**
- **Nichtkommerzielle, freie Radios werden meist von jungen Menschen geführt und brauchen eine bessere Förderung.**
- **Im Umfeld von Kinder- und Jugendsendungen muss Werbung verboten werden, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen kommerziell ausbeutet.**

7. Arbeitslosigkeit

Trotz vielfältiger und teurer Bemühungen der Bundesregierung steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Aktuell (August 2005) sind davon knapp fünf Millionen Menschen betroffen. Wer einmal arbeitslos ist, hat es schwer, wieder in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Gleichzeitig müssen die, die eine Stelle haben, mehr arbeiten und werden dadurch stärker belastet.

Vor allem für chancenarme Jugendliche werden die Perspektiven schlechter. Ihre soziale Integration insgesamt ist in Frage gestellt. Deshalb ist eine aktive Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf von Nöten. Für junge Menschen unter 25 Jahren muss Förderung und Qualifizierung absoluten Vorrang haben. Unter Beteiligung der Jugendhilfe sind im Zusammenwirken der Möglichkeiten von Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) und Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) junge Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.



ArbeitsLooser

Die neue Wahrheit:
Wer was wird, wird arbeitslos.
Das muss nicht sein.
Verteilt die Arbeit besser!
Gebt der Jugend eine Chance!



Für die nächsten Jahre ist zu beachten, dass zwar noch deutlich mehr Jugendliche auf den Arbeitsmarkt kommen als es Lehrstellen gibt. Danach gibt es aber über Jahrzehnte einen Rückgang der ausgebildeten Kräfte, so dass jetzt alles investiert werden muss, damit die Jugendlichen eine gute Ausbildung bekommen und damit eine gute Chance, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Thesen:

- **Jugendberufshilfe darf durch Hartz IV nicht eingeschränkt werden.**
- **Die vorhandene Arbeitszeit muss gerechter auf alle Arbeitssuchenden verteilt werden. Dabei braucht es für untere Lohngruppen einen vollen Lohnausgleich, so dass die Reallöhne erhalten werden.**
- **Wir brauchen eine staatliche Förderung des Stellenausbaus statt eine teure Erhöhung des Drucks auf die Arbeitslosen.**
- **Junge Arbeitslose brauchen realistische, praxisnahe und zertifizierte Qualifizierungsmöglichkeiten statt Endlosschleifen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.**
- **Die Attraktivität von Teilzeitstellen muss gesteigert werden.**

8. Einwanderung und Integration

Eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft zeichnet sich durch Vielfalt aus. Auch in Deutschland sind Gesellschaft und Kultur vielfältig und dynamisch – und Veränderungen unterworfen. Unterschiedliche Vorstellungen von „Lifestyle“ und unterschiedliche kulturelle Prägungen bilden ein buntes Kultur-Patchwork. Diese weit über die ethnische Vielfalt hinausgehende, „multikulturelle“ Realität unserer Gesellschaft ist zugleich

Bereicherung und Herausforderung, die Chancen und Risiken für Mehrheiten und für Minderheiten beinhaltet.

Ohne weitere Einwanderung wird die deutsche Bevölkerung im 21. Jahrhundert stark altern und schrumpfen (bis 2050 auf 60 Millionen). Auch wenn es gelingen sollte, die Geburtenrate durch gute Familien- und Sozialpolitik zu beeinflussen, der Trend, der seit den 70er Jahren eingesetzt hat, ist nicht rückgängig machen. Zwar lässt sich durch den Zuzug von AusländerInnen die Alterung der Gesellschaft nicht rückgängig machen, aufhalten lässt sich aber ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Einwanderung lässt sich gezielt steuern.

Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung ist jedoch schlecht darauf vorbereitet und ein Teil ist offen rassistisch. Das Aufkommen rechtsextremer Strömungen in vielen Ländern Europas zeigt, wie wichtig entsprechende politische Antworten sind. Fremdenfeindlichkeit und Übergriffe gegen Minderheiten schrecken gerade jene MigrantInnen ab, die wir in Europa zukünftig dringend benötigen werden.

Integration wird in Deutschland oft mit Assimilation (einseitige Anpassung der Einwandernden) verwechselt. In der Tat hat Integration viele Dimensionen (ökonomische, soziale, kulturelle, politisch-rechtliche und

räumliche) und ist kein Zustand, sondern ein Prozess, an dem die ganze Gesellschaft beteiligt sein muss und mit dem sich auch die ganze Gesellschaft verändern kann. Einwanderungspolitik ist zu einem Wettbewerbsfaktor im 21. Jahrhundert geworden. Will sie erfolgreich sein, muss sie das gesellschaftliche Konfliktpotenzial ausloten und die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft als einen Parameter aufnehmen.



Ganz klar: Zuwanderung führt auch zu Ängsten und Problemen. Das muss nicht sein. Wer wagt, gewinnt. Ja zur Zuwanderung und verbesserter Integration der Einwanderer!

9. Förderung von Familien

Thesen:

- Wir brauchen die Förderung interkultureller Kompetenzen der ganzen Bevölkerung und einen entsprechenden Umbau des Bildungswesens.
- Politik muss Integration auf gleicher Augenhöhe ermöglichen, die Vielfalt als Chance begreift und Raum für Integration durch Selbstorganisation lässt. Denn zuhause fühlt man sich da, wo man seine Angelegenheiten selbstbestimmt regeln kann.
- Jedes Kind, das in Deutschland zur Welt kommt, sollte die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.
- Populistische fremdenfeindliche Parolen müssen für alle Parteien und Medien ein Tabu sein.
- Wir brauchen eine breite politische Diskussion, die den Nutzen von Einwanderung plausibel macht und die Probleme nicht verschweigt.
- Legale Einwanderung muss nach einem transparenten Regelwerk möglich sein. Dieses sollte in Europa möglichst einheitlich sein und ist der beste Schutz vor Kriminalität im Bereich des Menschenhandels. Daneben darf die humane Seite der Einwanderung (Flüchtlinge) nicht unter der wirtschaftlich gewollten Zuwanderung leiden.

In Baden-Württemberg lebt nach wie vor die Mehrheit der Menschen in Familien. Dabei ist der Familienbegriff in Politik und Gesellschaft sehr unterschiedlich gefüllt. Die traditionelle Familienform von verheirateten und lebenslang zusammenlebenden Eltern, bei der der Vater als Ernährer einer Erwerbsarbeit nachgeht und die Mutter zu Hause ist und sich um die Kinder kümmert, ist einer Vielzahl an unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens mit Kindern gewichen.



Fest steht: Wer Kinder aufzieht, zieht auf dem Arbeitsmarkt den Kürzeren.

Das muss nicht sein.

Bessere Kinderbetreuung und Familienförderung!

Ziel muss es immer sein, den Kindern ein möglichst optimal gesichertes und begleitetes Aufwachsen in der gegebenen Form zu ermöglichen.

Familien sind bei weitem mehr dem Risiko der Armut ausgesetzt als Menschen, die ohne Kinder leben. Dies liegt auch daran, dass es besonders für allein erziehende Väter und Mütter durch die fehlende bedarfsgerechte Kinderbetreuung schwer ist, angemessener Erwerbsarbeit nachzugehen. Erst wenn Männer und Frauen das Gefühl haben, dass Kinder kein Nachteil für die eigene Lebensplanung sind, entscheiden sie sich für Kinder.

Neben anderer Unterstützung ist es für Familien wichtig, angemessene und bezahlbare Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu haben. Nimmt man die Vorhersagen der ExpertInnen ernst, wird der Bedarf an Wohnraum auch in Baden-Württemberg in spätestens 20 Jahren drastisch sinken. Daher ist es widersinnig, jetzt mit staatlicher Förderung für junge Familien neue Baugebiete zu erschließen, weitere Flächen zu versiegeln und gleichzeitig kommenden Landes- und Bundeshaushalten die Kosten des Rückbaus dieser Siedlungen aufzubürden. Geboten ist stattdessen, Familien, die eine staatliche Unterstützung benötigen, beim Erwerb von Wohneigentum zu fördern. Dabei sollten aber nicht Neubauten, sondern die Sanierung vorhandenen Wohnraums im Vordergrund stehen.

Thesen:

- Eine Politik, die auf die Gleichwertigkeit und konsequente Förderung unterschiedlicher Formen von Familien („Familie ist da, wo Kinder sind!“) baut, nutzt allen Kindern. Dazu gehört die Abschaffung des Ehegattensplittings.
- Kinderbetreuung muss ausgebaut und sichergestellt werden. Dabei müssen die angebotenen Betreuungszeiten an unterschiedliche Arbeitszeiten (Einzelhandel, Pflege etc.) angepasst werden.
- Wir brauchen eine Familienpolitik, die sich an den Vorstellungen der jungen Menschen zur Lebensgestaltung mit Kindern orientiert.
- Das Kindergeld muss aufgestockt werden bei gleichzeitiger Einführung einer Einkommensgrenze.
- Durch die Abschaffung und Umwidmung der Eigenheimzulage kann die Infrastruktur im Bereich Kinderbetreuung weiter ausgebaut werden und allen Familien zugute kommen.
- Die Landeskreditanstaltsförderung muss umgestellt werden eine auf Altbausanierung für junge Familien.
- Ausreichend Wohnraum zu sozialverträglichen Mietpreisen für junge Familien und junge Menschen muss kommunal sichergestellt sein.

10. Geschlechtergerechtigkeit

Dreißig Jahre sind vergangen, seit die Frauenbewegung in Deutschland auf die Barrikaden ging und sich lautstark für die Gleichberechtigung von Mann und Frau einsetzte.

Heute gibt es Frauenbeauftragte und Gleichstellungsgesetze, Zugangsquoten und Förderpläne. Doch trotzdem sind wir von Geschlechtergerechtigkeit weit entfernt: Noch immer scheint die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem ein Thema der Frauen, noch immer verdienen Frauen im Vergleich weniger, sind in den verantwortungsvollen Posten seltener vertreten und leisten 80 Prozent der Hausarbeit.

Geschlechtergerechtigkeit meint noch mehr als das: Sie steht für den Abschied von sozial festgelegten Rollenmustern, die Handlungsspielräume einschränken; sie hat zum Ziel, dass die und der Einzelne, die für sich passende Rolle finden und leben kann. Davon profitieren Männer und Frauen gleichermaßen. Die Herausforderungen der Zukunft sind nur gemeinsam, gleichberechtigt und partnerschaftlichen zu bewältigen!

Immer noch: Frauen sind Weibchen und Männer einfach unersetzlich. Wer in alten Rollenmustern festhängt, hat's schwer, eigene Wege zu gehen. Das muss nicht sein.

Mehr Chancengleichheit und Gleichberechtigung!



Thesen:

- Bis Chancengleichheit erreicht ist, müssen auch weiterhin Frauen besonders gefördert werden.
- Die Vereinbarkeit ist ein Thema für Männer und Frauen – dies sollte durch gesetzliche Maßnahmen wie die Elternzeit für beide Elternteile gefördert werden. Teilzeit von Männern ist dabei besonders zu fördern.
- Geschlechtsspezifische Angebote fördern die Auseinandersetzung mit Geschlech-

terrollen und deren Hinterfragung.

Darum brauchen wir mehr Angebote für Mädchen wie für Jungen und fest installierte Stellen für BildungsreferentInnen bei den Landesarbeitsgemeinschaften Mädchenarbeit und Jungenarbeit.

- Alle politischen Entscheidungen müssen auf ihre Wirkung auf Männer und Frauen überprüft werden – „Gender Mainstreaming“ nennt sich dieser Prozess, den die EU angestoßen hat. „Gender Mainstreaming“ ist in allen öffentlichen Einrichtungen und Organisationen konsequent umzusetzen – allen voran in der Landesregierung!

11. Umwelt und Ressourcen

Junge Menschen erben nicht nur Schuldenberge und überlastete öffentliche Aushalte, sondern auch eine belastete Umwelt. Sie sollen aber auch in Zukunft die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Daher darf heutige Politik nicht auf ihre Kosten wirtschaften und damit Chancen verbauen.

Der Klimawandel wird zu einer Bedrohung der Lebensqualität auch bei uns und löst weitere Prozesse wie die Abschmelzung des Permafrostbodens in Alaska und Sibirien aus. Dadurch werden unzählige Kubikmeter gespeicherte Gase freigesetzt – die weiteren Konsequenzen sind noch gar nicht absehbar.

Die strahlenden Abfälle aus den Kernkraftwerken sind in den nächsten 10.000 Jahren eine Bedrohung, da die sichere Entsorgung noch immer nicht geklärt ist. Zu einem starken Ausbau alternativer Energien gibt es also keine Alternative.

Ein weiteres Problem ist die weiter stark zunehmende Versiegelung unserer Böden. In Deutschland werden täglich 130 Hektar Land zugebaut. Damit verlieren nicht nur Pflanzen und Tiere Lebensräume, sondern es werden auch andere Beeinträchtigungen des Ökosystems in Kauf genommen. Die Gefahr von Überschwemmungen steigt.

Mobilität ist heute nicht nur wirtschaftlich gefordert, sondern wird zum zunehmenden Merkmal von Lebensqualität, wenn beispielsweise nahe Verwandte in einem anderen Bundesland leben. Gleichzeitig frisst die wachsende Mobilität große Mengen an Energiressourcen. Gerade Kinder und Jugendliche (und übrigens auch ältere Menschen) sind auf den öffentlichen Personenverkehr angewiesen. Durch attraktive Angebote lernen sie die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln kennen und schätzen.



Leider: Auf verbrannter Erde gedeiht kein junges Gemüse.
Das muss nicht sein.
Jeder hat ein Recht auf eine intakte Umwelt! Auch wer 2007 geboren wird.

Thesen:

- Die Ökosteuer muss weiterentwickelt und ausgebaut werden, wobei die Erlöse dem Umweltschutz zugute kommen sollten.
- Maßnahmen, die zur Einsparung von Energie führen (Wärmedämmung, Kauf energiesparende Geräte in öffentlichen Einrichtungen), müssen unterstützt und öffentlich gefördert werden.
- Wir brauchen eine Eindämmung der Flächenversiegelung, indem nur noch Altbausanierung gefördert wird statt Neubauten. Kommunale Gewerbegebiete müssen noch stärker von Kommunen gemeinsam geplant und zurückhaltend ausgewiesen werden, wobei der Nutzung von innerstädtischen Brachen der Vorzug zu geben ist.
- Die Forschung und Umsetzung erneuerbarer Energien muss ausgebaut werden. Gleichzeitig muss der Atomausstieg konsequent und weltweit verfolgt werden.
- Die Umwelt darf nicht durch weitere Risiken wie die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen gefährdet werden.
- Kinder und Jugendliche brauchen eine attraktive Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs in Leistung, Service und Preis mit vielfältigen Angeboten speziell für ihre Zielgruppe wie das „Schülerticket“ Baden-Württemberg.

Literatur

1. Landesjugendring Baden-Württemberg

Pressemitteilungen des LJR zum Thema:

.....

- ➔ **LJR will CDU beim Wort nehmen** – Jugendbeteiligung muss in den Abschlussbericht der Enquete! *vom 05. Juli 2005*
- ➔ **Thema Wahlalterabsenkung vertagen!**
Landesjugendring kritisiert Antrag der SPD im Landtag *vom 30. Juni 2005*
- ➔ **Stellungnahme zur Regierungserklärung** – Das „Kinderland“ braucht Beteiligung *vom 28. April 2005*
- ➔ **Mit 18 sollte jeder schon mal gewählt haben!**
Neuer Vorsitzender des Landesjugendringes fordert Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre *vom 18. April 2005*
- ➔ **Geld für Kleine statt für Steine** – Landesjugendring fordert Umwidmung der Eigenheimzulage für Kinder und Jugendliche *vom 18. März 2005*
- ➔ **Landesjugendring fordert radikale Veränderung des gesamten Bildungssystems** *vom 30. November 2004*
- ➔ **Integration vorantreiben** – Landesjugendring ruft Jugendverbände und -ringe mit Arbeitshilfe zur „Interkulturellen Öffnung“ auf *vom 30. September 2004*

- ➔ **Demographischer Wandel kein Thema für die Jugend?** Landesjugendring kritisiert die Zusammensetzung der Enquetekommission *vom 8. Juli 2004*

Positionspapiere des LJR

.....

- ➔ **Kinder- und jugendgerechte Medienpolitik,** 2004
- ➔ **Bildung in Bewegung,** 2002

Aktion „Bauplan Zukunft.

Damit die Jugend nicht alt aussieht.“

.....

- ➔ **www.bauplan-zukunft.de** – Aktionshomepage
- ➔ **Arbeitshilfe für die Jugendarbeit** zum Thema „Demographischer Wandel“, erscheint im Oktober 2005 – dort findet sich eine ausführliche Literaturliste
- ➔ Von „Pisaopfer“ bis „Thekentäubchen“ – achtteiliges **Postkarten-Set** zur Aktion

Die Pressemitteilungen und Positionspapiere stehen auf www.ljrbw.de zum Download bereit. Die Arbeitshilfe und das Postkartenset können bei der Geschäftsstelle des LJR bestellt werden.

2. Weitere Literatur zum Thema

- ➔ **BDKJ Köln:** Salto rationale No. 11: Schlüssel zur Macht – Jugend, Partizipation und Generationengerechtigkeit. Köln 2005, ISSN: 1437-9139
- ➔ **Deutscher Bundesjugendring e.V.:** Jugend w(z)ählt, Berlin 2005
- ➔ **Deutsches Kinderhilfswerk:** Kinderreport 2004: Daten, Fakten, Hintergründe. München 2004
- ➔ **Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.3.2005:** Grundkurs Demographie, Achte Lektion: Demographische Konflikte
- ➔ **Jassner, Lorenz:** Geheimnisse der Unternehmenssteuern: Steigende Dividenden, sinkendes Steueraufkommen. Eine Analyse der DAX30-Geschäftsberichte unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Marburg 2004
- ➔ **Jassner/Obermair:** Sinkende Steuerbelastung von Unternehmens- und vermögenseinkommen. In Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 3/2004, S. 152-160
- ➔ **Statistisches Bundesamt:** Datenreport 2004. Bonn 2004
- ➔ **Statistisches Landesamt:** Pressemitteilung vom 13.5.2005
- ➔ **Statistisches Landesamt:** Statistik aktuell 2004
- ➔ **Stuttgarter Nachrichten vom 11.6.2005:** „Pensionslast bringt das Land in Abstiegsgefahr“
- ➔ **Verein zur Förderung Evangelischer Jugendarbeit u.a. (Hrsg.), Heft 2/04:** Jung und Alt – Konflikt oder Dialog der Generationen? Das Baugerüst für Jugend- und Bildungsarbeit
- ➔ **Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie, BUND/Misereor (Hrsg.):** Studie Zukunftsfähiges Deutschland – ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, 1997
- ➔ **ZEIT vom 7.10.04:** „Und sie schwimmen in Milliarden“



Trotzdem: Wir sind Zukunft!

www.bauplan-zukunft.de

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.

Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart

Telefon 0711/16 447-0, Fax 0711/16 447-77

E-Mail: info@ljbw.de, Internet: www.ljbw.de

